

Was tun gegen Nein-Sager?

—

Über den Umgang mit anti-europäischen Protestparteien

NICO LANGE

Geboren 1975 in Berlin, Stellvertretender
Hauptabteilungsleiter für Politik und
Beratung und Leiter des Teams Innen-
politik der Konrad-Adenauer-Stiftung.

Trotz des ungeahnten Erfolgs der europäi-
schen Integration, die den EU-Bürgern
nie da gewesenen Wohlstand und soziale
Sicherheit gebracht hat, sind die europäi-
schen Institutionen immer schon auch

Gegenstand von ablehnender Kritik, von der Spöttelei bis hin zur Verhöhnung gewesen. Die Finanz- und Wirtschaftskrise sowie die Staatsschuldenkrise im Euro-Raum wirken derzeit eher verschärfend, obwohl der Vertrag von Lissabon überaus bemerkenswerte institutionelle Weiterentwicklungen im Sinne der europäischen Demokratie gebracht hat.

ZERSPLITTERTE FORMATIONEN MACHEN DRUCK

Vor der Europawahl im Mai 2014 ist neuerlich eine Formierung von EU-Gegnern in Parteien zu beobachten, die die Konrad-Adenauer-Stiftung in einer kürzlich vorgelegten Studie europaweit untersucht hat. Demnach konnten sich rechts- und nationalpopulistische Parteien fast überall in Europa

als relevante politische Kräfte etablieren. Allerdings ist es ihnen nur in der Hälfte aller EU-Mitgliedsstaaten gelungen, mehr als ein Prozent der abgegebenen Stimmen zu holen. Diese Parteiformationen sind überaus heterogen und bilden insgesamt ein weites Spektrum zwischen sanften EU-Skeptikern und knallharten Europa-Feinden ab. Allein deshalb ist nicht zu erwarten, dass sie innerhalb Europas eine starke Kraft entwickeln. Bislang sind die Europa-Abgeordneten solcher Parteien, die in verschiedene Fraktionen zersplittert oder fraktionslos sind, jedenfalls nicht gerade durch Leistung aufgefallen. Allerdings setzen die rechts- und nationalpopulistischen Formationen in einigen Ländern die nationalen Regierungen und ihre Europapolitik durch die harten Forderungen erheblich unter Druck. Es scheint, als würde das in einigen EU-Ländern die Parteienlandschaft dauerhaft verändern.

RESSENTIMENTS GEGEN DAS „MONSTER EUROPA“

Einige der aktuellen EU-Gegner sind im Grunde alte Bekannte. Oft erweitern sie ihre herkömmlichen „Stammthemen“ Migration und Abgrenzung gegenüber Fremden um aggressive Positionen zum Feindbild EU – vor allem um die simple Mobilisierungsformel „Nein zu diesem Europa“. Das medienwirksame Bündnis so unterschiedlicher Figuren wie Marine Le Pen, Geert Wilders und Heinz-Christian Strache gegen das „Monster Europa“ personifiziert diese Entwicklung. Eine neue Spielart der EU-Gegnerschaft gibt sich dagegen betont zivil und ist um Akzeptanz in moderaten Kreisen bemüht.

Die politischen Forderungen der verschiedenen europakritischen, rechtspopulistischen, nationalpopulistischen oder neofaschistischen Parteien reichen vom Einfrieren des EU-Integrationsprozesses über das Revidieren der EU-Verträge bis hin zum Rauschmiss einzelner Länder aus der Gemeinschaft, zur Auflösung der Euro-Zone oder gar zur Liquidation der Europäischen Union insgesamt. Gemeinsam ist den Europaskeptikern, EU-Gegnern, Rechts- und Nationalpopulisten bei allen Unterschieden, dass sie für sich beanspruchen, jeweils die Interessen der sogenannten „kleinen Leute“ in ihren Ländern zu vertreten. Das klassische populistische Schema des Kampfes der „kleinen Leute“ gegen „die da oben“ kommt in der Variante „wir gegen die da in Brüssel“ zum Tragen. Der Aufstieg dieser bekannten und neuen Parteien beruht dabei auch auf gehässiger Elitenschelte sowie dem Schüren nationaler Vorurteile im Sinne von „Die Deutschen wollen uns alles diktieren“, „Die Griechen können nicht arbeiten“ und Ähnlichem. In allen Ländern, in denen diese Parteien zuletzt deutlich stärker wurden, ist ihre Rhetorik zudem von Parteienverachtung geprägt. Es ist zu bezweifeln, ob solche Anti-Parteien-Parteien überhaupt über die kurzfristige Mobilisierung von Protestwählern hinaus Bestand haben können. Schon früher sind „Gegen-alle“-Parteien sehr bald von ihrer eigenen parteienfeindlichen Rhetorik eingeholt worden.

Der Reiz des Neuen und die medial verstärkte Lust an politischen Tabubrüchen tragen zunächst dazu bei, dass vor den Europawahlen im Mai 2014 eine politische Anti-EU-Stimmung in der öffentlichen Wahrnehmung viel Aufmerksamkeit erhalten könnte. Es ist eine Ironie der Geschichte, dass gerade jetzt die 28 nationalen Wahlen zum Europäischen Parlament, die als „Europawahl“ bezeichnet werden, zum ersten Mal von einem europäischen Leitmotiv, der EU-Krisenbewältigung, durchzogen werden und diese wohl eher den Skeptikern und Gegnern der Europäischen Integration Wahlkampfmunition bereitstellt.

NICHT AN GEGNERN ABARBEITEN!

Von den bisherigen Strategien der Volksparteien im Umgang mit Rechts- und Nationalpopulisten – scharfe Abgrenzung, Annäherung und teilweise Übernahme von Positionen, tolerierte Minderheitsregierungen oder Zusammenarbeit in Koalitionen – erwies sich keine als Patentrezept. Jedenfalls ist es ratsam, den EU-Skeptikern und Europegegnern in der politischen Debatte nicht ungebührlich viel Aufmerksamkeit zu schenken oder sich gar an ihnen abzuarbeiten. Vielmehr sollten die eigenen Lösungen und die Vorteile Europas in den Mittelpunkt gerückt werden. „Wir müssen selbstbewusst darstellen, was wir unter Europa verstehen“, sagt beispielsweise Elmar Brok.

Dabei ist es von zentraler Bedeutung, auch auf die Schwierigkeiten und die berechtigte Skepsis vieler Bürgerinnen und Bürger einzugehen. Nach langen Jahren der Finanzkrise, Wirtschaftskrise und Staatsschuldenkrise im Euroraum ist es nur zu verständlich, wenn sie sich beispielsweise Sorgen um die Zukunft ihres Geldes und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung machen. Natürlich existieren in den 28 Mitgliedsstaaten ganz unterschiedliche Probleme mit Sicht auf Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskraft und Wettbewerbsfähigkeit. Der Grad der Gefährdung, einen sozialen Abstieg zu erleiden, ist längst nicht überall gleich hoch. Dennoch müssen europäische politische Parteien die Befürchtungen thematisieren und dabei darauf bedacht sein, im Umgang mit den Protestparteien nicht deren momentane Klientel anzugreifen und die Sorgen dieser Menschen zu negieren oder kleinzureden.

SEHNSUCHT NACH KLARHEIT

Viele EU-Bürger sehnen sich nach mehr Klarheit in der europäischen Politik. Zudem überkommt viele Menschen ein Unbehagen, wenn sie Globalisierungsprozesse als Einbahnstraße wahrnehmen. Man sollte diese Bürger nicht herablassend als gestrig behandeln, wie das zuweilen geschieht. Dagegen müssen die Parteien beispielsweise intensiv um Verständnis für die zähen und schwierigen

Prozesse der Kompromissfindung werben und sie ausführlich erläutern. Gerade an diesen Punkten ist die Elitenkritik nicht gänzlich ohne Grundlage: Zu wenige der europäischen Entscheidungsträger erklären die Politikprozesse im komplexen Mehrebenensystem der EU oder verwenden überhaupt Mühe darauf, die für die EU getroffenen politischen Entscheidungen den Bürgern verständlich, nachvollziehbar und zurechenbar zu machen. Nur gut erklärtes und nachvollziehbar gemachtes politisches Handeln hat in einem komplexen Entscheidungsraum wie der EU die Chance auf Akzeptanz bei den Bürgern.

„HURRA, EUROPA!“-FORMELN HELFEN NICHT

Erklären sowie das Bemühen um Klarheit und Nachvollziehbarkeit sind in jedem Fall bessere Methoden zum Umgang mit der lauter gewordenen Kritik an der EU und der Europäischen Integration als das reflexartige Wiederholen altbekannter „Hurra, Europa!“-Formeln. Dabei ist auch die Einteilung der politischen Landschaft in „gute“ Europafreunde und „böse“ Europafeinde eine argumentative Sackgasse. Lässt man sich darauf ein, unterstützt man die populistischen Mobilisierungsstrategien des „Wir gegen die“ und rückt die Populisten in den Fokus der medialen Wahrnehmung, den sie brauchen wie die Luft zum Atmen. Mit der Verkürzung der politischen Debatte auf die Frage von „mehr Europa“ oder „weniger Europa“ verstellt man zudem den Blick auf den entscheidenden Diskurs: „Welches Europa?“

Die Grundfrage der Europäischen Integration ist lange beantwortet. Der gemeinsame Markt ist die Quelle des Wohlstands. Die wirtschaftliche und politische Integration sichert das europäische Lebensmodell von Freiheit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie. Die Kosten des „Nicht-Euro“ oder des „Nicht-Europa“ würden bei Weitem die Aufwendungen zur Bewältigung der Krise übersteigen. Dass der weitere Weg für Europa nicht im Rückzug ins Nationale, in Abgrenzung und Protektionismus liegen kann, wird offensichtlich von der großen Mehrheit der EU-Bürger akzeptiert. Viel zu wenig von der europäischen Öffentlichkeit beachtet, hat Lettland in den vergangenen Jahren in beeindruckender Weise vorgeführt, wie Reformen im Rahmen des gemeinsamen Marktes der EU zu Wachstum und Wohlstand führen.

Die EU-Skepsis und anti-europäische Rhetorik von Protestparteien ist ein weiterer Anlass zum europäischen Diskurs miteinander. Wie soll die europäische Integration weiter verlaufen? Welche Institutionen sollen mit welcher Legitimation den Rahmen des gemeinsamen Marktes bilden? Wie sollen die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der EU-Staaten und die soziale Sicherheit der EU-Bürger bewahrt und entwickelt werden? Trägt die Formel von den „Vereinigten Staaten von Europa“ oder gilt es, ein anderes Zukunftsbild zu skizzieren? Diese Fragen sollten unter den politischen Parteienfamilien in der Europäischen Union und öffentlich ausdiskutiert werden.

Die heterogene Gruppe der Europaskeptiker und EU-Gegner steht für eine destruktive Kultur des Gegeneinanders und des Beharrens auf Fundamentalpositionen. Die zentrale zivilisatorische Leistung der Europäischen Integration liegt aber im Erkennen und aktiven Umgehen mit politischen Konfliktsituationen, aus denen man gemeinsam als Sieger hervorgeht. Die Kultur der Einigung auf Kompromisse, die Weiterentwicklung eigener Positionen zugunsten des konstruktiven Erreichens gemeinsamer politischer Ziele – das ist Europa.

Literatur:

Grabow, Karsten/Hartleb, Florian (Hrsg.): Exposing the Demagogues. Right-wing and National Populist Parties in Europe. Herausgegeben im Auftrag des Centre for European Studies und der Konrad-Adenauer-Stiftung, Brüssel 2013, http://www.kas.de/wf/doc/kas_35420-544-2-30.pdf?131104120606.

Grabow, Karsten/Hartleb, Florian: Europa – nein danke? Studie zum Aufstieg rechts- und nationalpopulistischer Parteien in Europa, 2. Auflage, Sankt Augustin/Berlin 2014, <http://www.kas.de/wf/de/33.36200/>.

Die englischsprachige Ausgabe erscheint voraussichtlich im März 2014 unter dem Titel „Europe – no, thanks?“ in Kooperation mit dem Centre for European Studies, Brüssel.